

seien bei internationalen Verhandlungen bedeutend. Allerdings ist anzumerken, dass die Direktdemokratie in zwei Richtungen wirken kann. Einerseits können der Referendumsdruck und die Involvierung unterschiedlicher Akteure den Handlungsspielraum der Regierung schmälern. Andererseits kann die Volksmeinung auch als Druckmittel und Verhandlungspfand dienen und insofern eine Stärkung der Verhandlungsposition nach sich ziehen, wenn den Verhandlungspartnern damit glaubhaft eine klare Grenze potenzieller Verhandlungsergebnisse aufgezeigt wird.

Die Oppositionspartei Freie Liste – bei den Wahlen 1986 und 1989 noch ohne Mandate im Landtag – hatte bereits Ende der 1980er-Jahre im zeitlichen Umfeld der Diskussionen über den Uno-Beitritt eine Volksinitiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums ergriffen. Sie sprach sich zwar klar für den Beitritt zur Uno aus, wollte einen solchen Schritt aber nicht ohne Zustimmung des Volkes.<sup>175</sup> Die Bürgerinnen und Bürger sollten als kompetent genug erachtet werden, auch in aussenpolitischen Fragen mitbestimmen zu können. Die am 28. September 1988 eingereichte und am 17./19. März 1989 dem Volk zur Abstimmung vorgelegte Initiative sah das fakultative Referendum für unbefristete und unkündbare Staatsverträge, für den Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften sowie für Staatsverträge, die schwerwiegende ökologische Eingriffe mit sich bringen, vor. Neben dem anstehenden Entscheid über einen Uno-Beitritt zielte die Vorlage mit ihren Formulierungen unter anderem auch auf das damalige Planungsprojekt von Staustufen im Rhein zur Wasserkraftnutzung (Rheinkraftwerke). Der Landtag, bestehend einzig aus den beiden Fraktionen der VU und der FBP, sprach sich einstimmig gegen die Initiative aus. Auch Gerard Batliner, früherer Regierungschef und Landtagspräsident, sprach sich öffentlich gegen die Mitsprache des Volkes bei Staatsverträgen aus, da dies die Beweglichkeit der Repräsentativorgane vermindere.<sup>176</sup> Die Initiative wurde schliesslich in allen Gemeinden mit insgesamt 4787 Nein zu 3644 Ja verworfen (41,3 Prozent Zustimmung).

---

175 Freie Liste Zeitung, 2. Jg., Nr. 8, März 1989.

176 Batliner 2009. Interview im Liechtensteiner Volksblatt vom 19. Januar 1989, S. 3 («Staatsvertragsreferendum: Wir sollten uns die Beweglichkeit nicht nehmen lassen – Interview über die Abstimmungsvorlage zur Einführung des Staatsvertragsreferendums mit dem früheren Landtagspräsidenten und Regierungschef Dr. Gerard Batliner»), abgedruckt auch in Liechtenstein-Institut (Hg.) 2009, S. 103–111.